WP-4-353-4 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 353 bis 359:
Wir sprechen uns für die Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms für Afghanistan aus und wollen das Modell auch auf Gaza erweitern.

~~Wir sprechen uns für die Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms für Afghanistan aus und wollen das Modell auch auf Gaza erweitern. Außerdem möchten wir den Familiennachzug wieder ermöglichen und die Aufnahme von Personen, die von Klimakatastrophen und humanitären Notlagen betroffen sind, neu einführen. So soll Berlin Menschen aus UN-Einrichtungen aufnehmen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Verschärfungen von Grund- und Menschenrechten ein.~~

Wir Grüne Berlin fordern ein Landesaufnahmeprogramm "Klima", um neben Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten auch Menschen aufzunehmen, die aufgrund des Klimawandels fliehen müssen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Verschärfungen von Grund- und Menschenrechten ein.

Begründung

Das ist die klarere Formulierung aus dem Jahr 2023. Ich will die Hürden durch die Verknüpfung von: vor der Klimakrise fliehen + humanitäre Notlage nicht unnötig verkomplizieren, in dem zwei Tatbestände erfüllt werden müssen.

In dem Abschnitt werden viele unterschiedliche rechtliche Grundlagen zusammen geschmissen und das muss grundsätzlich aufgeräumt werden:

Das Landesaufnahmeprogramm war nicht nur für Afghanistan. Ein Aufnahmeprogramm nur für Afghanistan gab es nur auf Bundesebene.

Familiennachzug wird im AufenthG auf der Bundesebene geregelt. Eingeschränkt wurde jetzt der Familiennachzug von Subsidiär Schutzberechtigten. Das trifft insbesondere Frauen und Kinder. Diese Familienangehörigen könnten zwar nicht über Familiennachzug, aber über Aufnahmeprogramme aufgenommen werden, die auf Familienangehörige ausgerichtet sind und ermöglichen, dass die Stammpersonen einen subisdiären Schutz haben. Die Verknüpfung in einem Satz mit der Aufnahme wegen Klimaflucht ist missverständlich. Deswegen habe ich es an der Stelle mit rausgenommen.

Die Aufnahme aus UN Einrichtungen ist wiederum was anderes und hiermit sollte Resettlement gemeint sein? Das ist auch wichtig, aber etwas ganz anders. Die Bundesregierung pledget hierfür Zahlen. Ich will die Antragsberechtigung für das Klimaprogramm nicht davon abhängig machen, ob jemand einen Platz in einer UN Einrichtung hat oder nicht. Deswegen habe ich den Satz hier auch rausgenommen, aber vielleicht war das hier auch gar nicht auf das Programm bezogen gemeint?

Ich finde den Absatz so zusammengewürfelt, dass für mich schwer lausbesbar ist, was genau die Forderung und was die Konzeptualisierung ist.

Unterstützer*innen

Carolin Moser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Alena Dietl (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Felix Schachenmayr (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Teresa Reichelt (LV Grüne Jugend Berlin); Niclas Christ (LV Grüne Jugend Berlin); Stephanie Frost (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Pablo Alfonso Johannes Klein Araya (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin); Simona Bianco (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Klara Ruhl (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Emilia Engels (LV Grüne Jugend Berlin); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Corinna Balkow (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Yorick Stöve (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hartwig Berger (KV Berlin-Kreisfrei); Falco Strasser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte); Jens Weinandt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Bennet Noah Dyllong (KV Berlin-Pankow)